

**Coupon**

- 0 Euch möchte ich mir mal genauer angucken! Schickt mir bitte die Jugendrundbriefe weiter zu  
 0 Mehr davon! Ich interessiere mich besonders für:  
 0 Ihr seid mir zu radikal, laßt mich bloß in Ruhe  
 0 Ich möchte zusammen mit Euch radikal sein! Ich trete hiermit bei!  
 0 Ich melde mich hiermit zum Sommerzeltlager / Rhetorikseminar / Orgaseminar / USA Seminar an.  
 (Nichtzutreffendes streichen)

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum: \_\_\_\_\_  
 Unterschrift: \_\_\_\_\_

ausfüllen, abbeißen und einschicken an das Grün- Bunte Jugendnetz/  
 JungdemokratInnen Bayern, Postfach 1342, 8600 Bamberg

## Preisliste:

Sommerzeltlager (voraussichtlich)  
 180DM für Mitglieder (200DM für Nichtmitglieder)

Orga- oder Rhetorikseminar  
 25 DM für Mitglieder (35DM f. NM)

USA Seminar  
 1300 DM für Mitglieder ohne eigenem Einkommen  
 1400 DM für Mitglieder mit Einkommen oder Nichtmitglieder ohne Einkommen  
 1500 DM für Nichtmitglieder mit Einkommen

Die Anmeldungen zu den Seminaren (außer USA- Seminar) gelten als erfolgt, sobald der Teilnahmebeitrag auf unserem Konto, GBJ Grün-Buntes Jugendnetz/ JungdemokratInnen Bayern, PSA Nürnberg, Nr. 3362 84-856, BLZ 760 100 85, eingegangen ist oder der Teilnahmebeitrag als Scheck beiliegt. Anmeldungen für das USA- Seminar bitte direkt an die Jungdemokraten, Bundesverband, Reuterstr. 44, 53 Bonn 1.

# Jugendrundbrief

## 01/1991



**Grün- Bunte Jugendnetz/  
 JungdemokratInnen  
 Landesverband Bayern**



Hallo!

Da ist er, der erste Jugendrundbrief in diesem Jahr. War ein Haufen Arbeit und wir hoffen nun, daß er Euch gefällt. Wir würden uns für die Zukunft wünschen, daß von unseren Mitgliedern und InteressentInnen viele Beiträge, Berichte, Meinungsartikel etc. kommen. Das würde ihn sicher auch noch interessanter für alle gestalten. Viel Spaß beim Lesen!

Der LSR

Inhalt:

	Seite
Wer wir sind und was wir wollen	3
Sommerzeltlager	5
Organisationsseminar	7
Rhetorikseminar	8
KDV Artikel	9
Terminen, Adressen	11
Schulpolitisches Kurzprogramm	12
Kritik dazu	14
USA Seminar	16
Strukturreform oder - deform	17
Mailboxen	18
Vereinigung auf Bundesebene?	21
Pressemitteilung Golfkrieg	22
Pressemitteilung "Das bessere Müllkonzept"	23
Ich will Mitglied werden, Seminaranmeldungen	24

Jugendrundbrief 01\_1991  
Herausgeber: GJB Grün-Buntes  
Jugendnetz/JungdemokratInnen, Landes-  
verband Bayern, PF 1342, 8600 Bamberg  
V.i.S.d.P.: Frimi Dimpel  
Meranerstr. 58, 8501 Schwarzenbruck



Grün-Buntes Jugendnetz/  
JungdemokratInnen  
Landesverband Bayern



Wir sind ein Zusammenschluß aus *JungdemokratInnen* und anderen *links- alternativen* sowie *grünen Jugendgruppen*. Die Grünen sind unserer parteipolitischen und parlamentarischen Ansprechpartner. Unsere Mitglieder müssen in keiner Partei Mitglied sein, denn wir setzen unsere politischen Schwerpunkte selbst. Mitmachen könnt ihr, wenn ihr zwischen 15 und 25 Jahre alt seid. Wir sind:

### ÖKOLOGISCH

Wir treten ein für einen radikalen Schutz unserer natürlichen Ressourcen. Ozonloch, Klimakatastrophe, Abholzung der Regenwälder, Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft sind die Resultate einer Politik, die jahrzehntelang auf Wirtschaftswachstum gesetzt hat. Deshalb muß unser **Wirtschaftssystem grundlegend umgestaltet werden**. Statt unbegrenztem Wachstum setzen wir uns unter anderem für eine alternative Energieversorgung, Müllvermeidung, ein anderes Verkehrskonzept, das nicht auf das Auto als Massenverkehrsmittel setzt und eine Kohlendioxidabgabe ein. Wir fordern

### RADIKALDEMOKRATISCH

Ökologie und Demokratie gehören untrennbar zusammen. Denn nur durch eine Bewegung von unten können wirksame ökologische Reformen durchgesetzt werden. Wir wollen eine **Demokratisierung aller Lebensbereiche** in Familie, Schule und Arbeitswelt. Alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereiche müssen von Grund auf radikaldemokratisch gestaltet werden, so daß die/der EinzelnE gerade in seiner nächsten Umgebung mitreden und mitbestimmen darf.

### SOZIAL

Denn **jeder** Mensch hat ein Anrecht auf ein selbstbestimmtes und materiell gesichertes Leben, das dem Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft entspricht. Wir fordern eine materielle Grundsicherung und ein garantiertes Mindesteinkommen von wenigstens (regionalbedingt) 1200DM. Weiter fordern wir eine drastische Ausweitung des sozialen Wohnungsbaues, von StudentInnenwohnheime etc..

### ANTIMILITARISTISCH

Im Zuge der Auflösung des Warschauer Paktes ist es offensichtlich, daß die Bundeswehr keine Exi-

strenzberechtigung mehr hat. Wir fordern die Abschaffung aller Armeen und paramilitärischen Strukturen wie dem Bundesgrenzschutz und die Einstellung der Produktion von Rüstungsgütern. Deutsche Truppen und Waffen dürfen nicht unter dem Vorwand angeblicher Friedensmissionen im Ausland eingesetzt werden. Ein erster Schritt könnte die sofortige Abschaffung der Wehrpflicht und eine Reduzierung der Truppenstärke auf 50000 Mann sein. Bis zum Jahr 2000 ist eine völlige Entmilitarisierung Europas dringend notwendig.

### ANTIFASCHISTISCH

Der Faschismus hat mehrere Ursachen: Antiemanzipatorische Anschauungen, wie vor allem Führungskult, autoritäre Gesellschaftsstrukturen, Ordnungshörigkeit und das Patriarchat lösen zwangsläufig aus, daß einige sich in einer Hierarchie "wohler fühlen", weiterhin Rassismus, Sexismus und eine totalitäre Gesellschaftsauffassung. Wir wollen dem mit gesellschaftlicher Aufklärung, Bildungsarbeit, Demokratisierung und gesellschaftlichen Strukturen, die die Selbstbestimmung des Einzelnen er-

möglichen und fördern, entgegenwirken.

### EMANZIPATORISCH

Emanzipation ist nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen, sondern die Selbstbefreiung einzelner oder der von Gruppen aus gesellschaftlichen Unterdrückungsstrukturen, Zwängen und Abhängigkeiten hin zu einem selbstbestimmten Leben. Emanzipation heißt für uns zum Beispiel die Herauslösung aus dem Patriarchat, eine nicht-entfremdete Arbeitswelt und ein alternatives Bildungskonzept.

### FEMINISTISCH

Wir wollen, daß Frauen die Möglichkeit haben, sich eine eigene Identität zu schaffen. Wir fordern die ersatzlose Streichung des §218 StGB, gezielte Frauenforschung, die Aufarbeitung von Frauengeschichte und die Abschaffung der subtilen Diskriminierung der Frauen z. B. durch eine von männlichen Formen geprägte Sprache. Solange, bis die Gleichstellung der Frauen erreicht ist, fordern wir eine Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation. So fordern wir in allen gesellschaftlich relevanten Positionen eine Frauenquote von mindestens 50%.

## Flower and Power Camp Jugendzeltlager vom 2. bis 8.9.91

### Allgemeines

Spiel, Spaß und Inhalte gehören in der Jugendpolitik zusammen. Diese Verbindung wird meist nur getrennt wahrgenommen. Da gibt's 'ne Sitzung, dann gehen einige noch zusammen in die Kneipe oder so. Dies gehört jedoch zusammen. Gerade in der Erwartung eines schönen, sonnenreichen, warmen Sommers wollen wir ein Zeltlager durchführen, in dem eben Spiel, Spaß, Theorie und Praxis zusammenfließen sollen. Wir wollen uns selbst und andere motivieren politisch im GBJ aktiver zu werden und unseren eigenen Stil und unsere eigenen Politikformen zu finden.

In unserem Sommercamp, das in der ersten Ferienwoche stattfinden soll, wollen wir gemeinsam diskutieren, lachen und uns erholen. Sieben Tage zusammenleben, d.h. Schwächen zu erkennen und zu offenbaren, d.h. gemeinsam kochen, d.h. Aufgaben und Verantwortung im GBJ übernehmen.

Bei diesem Zeltlager soll niemand einfach mal vorbeischaun können, sondern entweder dieses Ereignis verpassen oder mitmachen. Dieses Zeltlager wird sich unterscheiden von denen anderer Organisationen. Wir wollen Politik machen mit und auf diesem Lager.

So wird es eben auch Arbeitskreise und Plena geben, eine Exkursion, Diskussionsgäste, etc., aber auch viel Freizeit und Spiele.

Als Arbeitskreise wollen wir anbieten:

1. Drogen
2. 3. Welt
3. Zeitgeist

"Zeitgeist", dieser Begriff kommt immer wieder in Diskussionen vor. In dieses Schubfach wird alles Mögliche gepackt. Die unpolitische Jugend, die Yupis, die Videokinder, ... Zeitgeist bezeichnet aber auch immer etwas vergängliches. Wir machen Politik in dieser Zeit, die von einem gewissen Geiste getragen ist. Um den Alltag richtig einschätzen zu können, müssen wir uns mit den Erfahrungswelten von Jugendlichen, mit tragenden Einstellungen und Einflüssen auseinandersetzen und in unserem politischen Handeln angemessen berücksichtigen.

Wir sind nicht dagegen, daß noch andere Arbeitskreise angeboten werden oder auch spontan zustande kommen, glauben jedoch, daß bestimmte Arbeitskreise interessant sind und gut vorbereitet werden sollten. Zur Gestaltung der einzelnen Arbeitskreise werden wir noch gesonderte Konzepte schreiben und zur Diskussion stellen. Selbiges sollten auch diejenigen tun, die glauben, daß ein wesentliches Thema oder Räppelchen von ihnen fehlt und auf jeden Fall ebenso angeboten werden sollte.

Neben diesen inhaltlich-politischen Arbeitskreisen, sollen auch Workshops angeboten werden. Z.B. soll am Ende des Seminars eine selbsterstellte Zeitung, die die wesentlichen Eindrücke und Ergebnisse des Zeltlagers enthält, den TeilnehmerInnen mitgegeben werden. Auch andere Workshops, z.B. "Natürliche Kosmetik selbstgemacht" oder "Batik" oder ... könnten für interessante Abwechslung sorgen.

Wichtig bei diesem Zeltlager ist vor allem die direkte Verbindung von Freizeit, Spaß, Inhalten und Aktionen. Die TeilnehmerInnen sollen dieses als ein freudiges Erlebnis in Erinnerung behalten.

## Programm

### 2. September

- \* Ankunft
- \* Kennenlernen
- \* Aufbau der Zelte
- \* Kochen

### 3. September

- \* Vorstellung der Arbeitskreise
- \* Arbeitskreise
- \* Mittagessen
- \* Arbeitskreise
- \* Abendessen
- \* Musikabend

### 4. September

- \* Exkursion

### 5. September

- \* Arbeitskreise
- \* Mittagessen
- \* Workshops
- # Foto
- # Basteln

- # Schnitzen
- # Schminken
- # Töpfern
- # Malen
- \* Abendessen
- \* Diskussion zu speziellem Thema

### 6. September

- \* Vorbereitung des Aktionstages

### 7. September

- \* Aktionstag

### 8. September

- \* Auswertung
- \* Abreise

Anmeldung und Teilnahmebeitrag  
siehe letzte Seite

## Wie organisiere ich ...? vom 24. bis 26. Mai 1991 in Landshut

### Wie organisiere ich

- \* Veranstaltungen
- \* Seminare
- \* Infostände
- \* Podiumsdiskussionen
- \* Aktionen

### Wie gestalte ich

- \* Flugblätter
- \* Plakate
- \* Einladungen

### Wie schreibe ich

- \* Pressemitteilungen
- \* Einladungen
- \* Protokolle
- \* Konzepte
- \* Finanzkonzepte

Wer auch immer sich öffentlich zu einem Thema äußern will, sollte vorher zumindest die Spielregeln der öffentlichen Kommunikation kennen. Dies erspart viel Frust, weil z.B. ein ausgefeilt formulierter Leserbrief oder Artikel in der Tageszeitung nicht erscheint, da dieser zu lang oder mit der Hand geschrieben wurde. Viele Veranstaltungen werden deshalb nicht besucht, weil bestimmte organisatorische Sachen, wie der Ankündigungsartikel, die Erwähnung in der Termintafel der örtlichen Presse oder ähnliches einfach vergessen werden.

Diese Seminar wird die TeilnehmerInnen in die Lage versetzen Checklisten, Terminpläne, Arbeitspläne, Finanzkonzept etc. zu erstellen. Diese Handwerkszeuge sind genauso für die Planung von Mitgliedertreffen von Basisgruppen, wie auch zur Vorbereitung einer größeren Tagung oder eines Kongresses nützlich. Aber nicht nur die theoretische Organisation einer Veranstaltung, sondern auch deren Präsentation ist von großer Bedeutung. So wird in Kleingruppen über die Gestaltungsregeln von Plakaten und Flugblättern informiert.

Das Seminar soll aber nicht nur theoretische Einblicke und Grundlagen vermitteln, sondern der "Lernstoff" soll auch gleich in die Praxis umgesetzt werden: Ziel ist es, daß die SeminarteilnehmerInnen zusammen mit dem LandssprecherInnenrat von GBJ eine Jugend-, SchülerInnenkonferenz oder ähnliches für den Herbst dieses Jahres vorbereiten - und dann auch durchführen!

## Programm

### Freitag, 24. Mai

- 19.00 Uhr Abendessen
- 20.00 Uhr Seminareinführung
- Projektauswahl
- 21.00 Uhr Geselliges

### Samstag, 25. Mai

- 9.00 Uhr Frühstück
- 10.00 Uhr "Wir planen eine Veranstaltung"
- Einführungsreferat
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Arbeitskreise
- \* Plakatgestaltung
- \* Flugblattgestaltung
- \* Pressearbeit
- 16.00 Uhr Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitskreisen und Diskussion
- 18.00 Uhr Abendessen

- 19.00 Uhr "Wir erstellen einen Arbeitsplan"
- 21.00 Uhr Geselliges

### Sonntag, 26. Mai

- 9.30 Uhr Frühstück
- 10.00 Uhr "Wie setzen wir die Planungen in die Tat um?"
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 Uhr Seminaarauswertung
- 15.00 Uhr Abreise

### Tagungsort:

Jugendgästehaus Landshut  
Richard-Schirmann-Weg 6  
8300 Landshut, 0871-23449  
Zahl der TeilnehmerInnen:  
max. 10 Personen

Anmeldefrist: 15. Mai  
Teilnahmebeitrag und Anmeldung siehe Rückseite

**Rhetorik-Seminar**  
vom 21.-23. Juni 1991  
in DJH Rothenburg ob der Tauber

Die Zahl der TeilnehmerInnen für dieses Seminar ist auf 14 Leute begrenzt. Deshalb solltet Ihr, wenn Ihr Interesse habt Euch schnellstmöglich anmelden.

Auf dem Seminar wird neben praktischen Übungen, wie das Vortragen einer bereits vorbereiteten Rede und das Halten eines unvorbereiteten Statements auch die Theorie erörtert. Redearten, -anlässe, Manipulation, rhetorische Mittel und ähnliches wird immer auch in der Praxis eingeübt. Die TeilnehmerInnen erhalten die Gelegenheit mit Hilfe von Videoaufzeichnungen Ihre Körperhaltung und Rede selbst zu analysieren.

### Programm

#### Freitag, 21. Juni

- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.00 Uhr Gemeinsame Analyse und Ableitung der Aspekte anhand eines Beispiels
- 20.00 Uhr "Eine Rede"
- Sprechwerkzeuge, Inhalt, Auftreten
- 21.30 Uhr Geselliges

#### Samstag, 22. Juni

- 9.00 Uhr Frühstück
- 10.00 Uhr Spontanrede (3-5 min pro TeilnehmerIn)  
wird auf Video aufgenommen
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Theorie  
Redearten, Redeanlässe, Manipulation, rhetorische Mittel
- 16.00 Uhr Praxis  
Diskussionsgruppen (werden auf Video aufgenommen)
- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.00 Uhr Praxis (Teil II)
- 21.00 Uhr Geselliges

#### Sonntag, 23. Juni

- 9.30 Uhr Frühstück
- 10.30 Uhr Redeanalyse, verbesserte Rede
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Seminarkritik
- 15.00 Uhr Abreise

## Wehrpflicht? Nein Danke!

"Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie" (Theodor Heuss), knüpft an die freiheitlich-demokratische Traditionen an, und ihre Erfüllung kann als eine "demokratische Normalität" verstanden werden, skandalierte unlängst Major Wolfgang Ehlert in der "Information für die Truppe". Wer so argumentiert, ist geschichtslos und verkennt einige Tatsachen:

Die allgemeine Wehrpflicht wurde erstmals durch die lvee en masse (Massenerhebung) 1793 in Frankreich vom Nationalkonvent und dem Wohlfahrtsausschuß eingeführt, obwohl sie nicht zu den Zielen der Französischen Revolution gehörte. Sie wurde noch 1789 per Dekret als Ausdruck der Gewaltherrschaft (Despotie) abgelehnt. Gegen die allgemeine Wehrpflicht gab es erhebliche Widerstände in der französischen Bevölkerung.

Die erste allgemeine Wehrpflicht auf deutschem Boden wurde in Preußen durch das Boyen'sche Wehrgesetz 1814 eingeführt und später in die preußische Verfassung von 1850 (Artikel 24) und in die Reichsverfassung von 1871 (Artikel 37) aufgenommen. Auch das Wehrpflichtigengesetz vom 21.07.1956 wurde gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung durchgesetzt. "Wenn wir damals gefragt hätten..., dann hätten wir bis

heute keine einzige Kompanie der Bundeswehr stehen." (ehemaliger Verteidigungsminister Franz Josef Strauß).

Immer mußten Scheinargumente zur Legitimation dienen: "Der Wehrpflicht liegt der Gedanke zugrunde, daß es Pflicht aller männlichen Staatsbürger ist, für den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Rechtsgütern der Gemeinschaft, deren personelle Träger auch sie selbst sind einzutreten." (BVG 1978). "Der Wehrdienst ist ein persönliches Opfer des Einzelnen und kann als ein Zeichen für sein Engagement in der Gemeinschaft gewertet werden" (Mayor W. Ehlert).

Die Pflicht, das "Vaterland" zu verteidigen, ist - nach herrschender Auffassung - also mit der Geburt festgelegt.

Neben dem Fehlen der formalen Legitimation der allgemeinen Wehrpflicht sind Armeen und damit auch die Bundeswehr undemokratisch strukturiert. Die Bundeswehr kann nur durch permanenten Verstoß gegen elementare Grundrechte funktionieren. Mit Antreten des Grundwehrdienstes werden faktisch die Freizügigkeit, die alle Deutsche eigentlich im ganzen Bundesgebiet (Art. 11 GG) genießen, und die freie Berufswahl (Art. 12 GG) außer Kraft gesetzt. Bundeswehrsoldaten müssen sich, wenn sie sich dem militärischen Alltag

nicht anpassen, von unausgebildeten Pseudo-Juristen/Kompaniechefs aburteilen lassen. Kompaniechefs haben die Möglichkeit von formalen Disziplinierungsmaßnahmen bis hin zur Verringerung des Soldes und Ausgangssperren, um ihre Schützlinge der "demokratischen" Armee anzupassen. "Kleinere Schikanen", im Bundeswehrjargon erzieherische Maßnahmen genannt, darf im Prinzip jeder Vorgesetzte veranlassen., wenn es der Ausbildung und der Anpassung des Soldaten förderlich erscheint.

Wie Soldaten bei permanenter menschenunwürdiger Behandlung und Verstößen gegen die Menschenrechte die alljährlich durch den Wehrbeauftragten des Bundestages aufgelistet werden und nur die Spitze des Eisbergs bilden, im Krieg noch zwischen Recht und Unrecht differenzieren sollen, ist fraglich.

Kein Wunder, daß auch sogenannte "demokratische" Wehrpflichtigenarmeen erheblich zur Behinderung demokratischer und emanzipatorischer Entwicklungen beitragen und beitragen. In der Geschichte wurde z.B. die Demokratiebewegung 1848 durch deutsche Wehrpflichtige niedergeschlagen.

Deutsche Wehrpflichtige festigen nicht nur Herrschaftsverhältnisse oder verteidigen die "Demokratie", sondern beteiligten sich auch aktiv an Angriffskriegen und zogen oder Widerstand in zwei fürchterliche Weltkriege. Die Wehrpflicht ermöglichte erst totale Kriege. Massen-

vernichtungswaffen, die auch die Zivilbevölkerung schädigen und töten, waren die logische Antwort auf die Massenheere.

Kein Zweifel, jedes Volk hat das Recht auf das völkerrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht und auf das Recht, sich bei seiner Verletzung zu wehren und zu verteidigen. Armeen sind dazu allerdings nur schlecht geeignet, weil sie das zerstören, was sie verteidigen sollen, unzähliges Leid zuführen und demokratisch nicht zu organisieren sind. Es gibt vielfältige Beispiele in der Geschichte, wo sich ein Volk oder Teile davon durch zivile Verteidigung erfolgreich gewehrt haben.

Auch die Bundesrepublik sollte in Zukunft auf eine wirklich wehrhafte Demokratie von unten setzen. Ein Beitrag, dem herrschenden Verteidigungskonzept die kalte Schulter zu zeigen, ist die Verweigerung aller Militärdienste.

(JungdemokratInnen Rheinland Pfalz)

## Vorankündigung der Landesversammlung

Liebe Leute,

hiermit möchten wir Euch recht herzlich zur 2. ordentlichen Landesversammlung des GBJ, Grün- Buntjes Jugendnetz/ JungdemokratInnen 1991 einladen.

Wir können Euch zwar im Moment weder einen genauen Ort noch eine Tagesordnung mitteilen, dafür aber das Datum:

**27.- 29. September 1991 (Freitag 17.00 Uhr bis Sonntag Mittag)**

Außerdem können wir Euch versprechen, daß wir uns diesmal nicht mehr hauptsächlich mit Satzung etc. beschäftigen müssen, da die nun endlich halbwegs befriedigend steht. Und so werden es wohl inhaltliche Punkte und die **Planung von Aktivitäten, etwa einiger Aktionen und dem eventuellen Herbstkongress** sein, die uns beschäftigen werden. Für den Fall, das wir bis dahin in den Ring politischer Jugend aufgenommen sind, ergeben sich für uns tolle Perspektiven, v.a. was unser Seminarangebot und unsere Bildungsarbeit angeht.

Frimi Dimpel (LSR)

Und hier sind die Adressen, an die Du Dich wenden kannst, wenn Du fragen hast oder mitmachen willst:

### LandessprecherInnenrat:

Katja Schütze Schlesierstr. 16 8018 Grafing 08092-7524	Horst Eberlein Dieselstr. 7 8600 Bamberg 0951-69936 (Finanzreferent)	Anne Schacht Willi Graf Str. 17.5St. 8000 München 40 089- 32226012
---	--	---

Frimi Dimpel Meranerstr. 58 8501 Schwarzenbruck 09128-2126 (Pressereferent)	Kamran Salimi Leibnitzerstr. 20 8510 Fürth 0911-732903
---	---

Wenn Du Anschluß an eine Basisgruppe suchst, wende Dich bitte an den LandessprecherInnenrat. Er teilt Dir die Adresse vor Ort mit, an die Du Dich wenden kannst.

### Veranstaltung der Stadtgruppe München

Cafe Schloer, Wolfgang- Frühlstr. (U- Bahn Rotkreuzplatz)  
Am 31.5., 20.00 Uhr mit Volker Perthes (Dr. der Islamkunde)  
**Krise im nahen Osten, Perspektiven der Lösung**

Die JungdemokratInnen Nürnberg treffen sich jeden 2. und 4. Montag im JD- Turm, Spittlertormauer 5, 85 Nürnberg 1. Herzliche Einladung!

# SchülerInnen nur Material für das Wirtschaftswachstum?

Grün- Bunte Jugendnetz/  
JungdemokratInnen  
Landesverband Bayern



Für eine selbstbestimmte,  
ökologische und demokratische  
Schule!

Für ein solidarische und emanzipatorische  
Schule und mehr  
Rechte für SchülerInnen!

## Was ist Schule in Bayern?

Wie erleben wir SchülerInnen sie denn täglich? Schule vermittelt Zwang. Zwang, hineinzugehen und etwas zu tun, worauf frau/man selten Lust hat und obendrein oft noch unsinnig ist. Zwang etwas zu büffeln, auswendig zulernen, was frau/man nach der nächsten Prüfung so wieso wieder vergißt.

Schule ist eine Präganstalt, in der die SchülerInnen schon mal für die profitorientierte und egoistische Leistungsgesellschaft vorprogrammiert werden. Schule ist eine Anpassungsmaschinerie, die einen Prototyp erzeugt, der leistungsfähig, leistungsbereit und unkritisch ist.

Schule ist antiemanzipatorisch, denn sie lehrt Unterordnung statt einer Selbstbefreiung aus gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen. Schule ist undemokratisch, denn SchülerInnen dürfen weder bei dem, was sie zu lernen haben, mitbestimmen, noch haben sie echte Selbstvertretungsrechte. Das fängt bei einer quasi rechtlosen SMV an, geht weiter über die Zensur von SchülerInnenzeitungen und hört damit

auf, daß DirektorInnen meist auf Lebenszeit vom "Freistaat" oder von Städten ernannt werden.

Das Wissen, das in der Schule vermittelt wird, ist oft praxisfern und nur abstraktes Fachwissen. Speziell die Gymnasien bilden FachidiotInnen heran, die zwischen den einzelnen Fächern keinen Überblick mehr haben.

Immer mehr Stoff wird in immer kürzerer Zeit regelrecht durchgehetzt. Es bleibt kaum noch Zeit zu kritischem Überdenken (Wozu auch?), zur Konzentration und zur Nachfrage. Die Aneignung des Stoffes wird damit immer oberflächlicher, es wird zwar immer mehr gepaukt, aber immer weniger gelernt.

## Eine solche Schule macht krank.

Resignation, Hoffnungslosigkeit und Null-Bock sind vergleichsweise noch geringe Probleme. Denn bei vielen SchülerInnen erstickt und zerstört die Schule die natürliche Lernfähigkeit und Motivation, die Kritikfähigkeit und Solidarität, vor allem aber Kreativität und Phantasie.

## Wir stellen uns eine Schule vor...

in der die SchülerInnen wirklich für sich, gemäß dem alten Spruch, fürs Leben lernen, und nicht nach dem Maßstab, was die Industrie von morgen für Arbeitskräfte braucht. Dazu muß die Schule radikal demokratisiert werden. Bei der Dreigliederung des Schulsystems kommt am offensichtlichsten zu Tage, daß von oben ein Konkurrenzkampf unter den SchülerInnen geschürt wird. Daraus muß ein solidarisches Miteinander werden.

Deshalb fordern wir eine dezentrale, integrative Nachbarschaftsschule statt vierteiligem Schulsystem.

Wir wollen die Schule als einen Ort für gleichberechtigtes Leben und Lernen von Jungen und Mädchen, unterschiedlich stark begabten SchülerInnen, unterschiedlichen sozialen Schichten, AusländerInnen und Deutschen. Die Schule soll zu einem Ort eines selbstbestimmten und ökologischen Lebens und Lernens in ganzheitlichen Zusammenhängen werden. Alle SchülerInnen sollen in einem integrierenden Schulwesen bis zur zehnten Klasse ausgebildet werden und auf Wunsch länger. Die Schule muß ihre Funktion als soziale Siebtrommel verlieren.

Die Schule sollte für die SchülerInnen auch Freizeiteinrichtungen bereitstellen und nachmittags sowie abends den Jugendlichen als Jugendzentrum zur Verfügung zu stehen.

Wir wollen:

## Mehr Rechte für die SchülerInnen!

- Anerkennung von Kreis/ Stadt/ Bezirks/ Landes/ BundesschülerInnenvertretungen und finanzielle Absicherung ihrer Arbeitsfähigkeit
  - Stimm-, Rede- und Antragsrecht der SchülervertreterInnen in der kollegialen Schulleitung (s. unten)
  - Recht auf freie Meinungsäußerung: **KEINE ZENSUR VON SCHÜLERINNENZEITUNGEN**
  - finanzielle Absicherung des Erscheinens von unabhängigen SchülerInnenzeitungen
  - Wir fordern ein angemessenes, rückzahlfreies und elternunabhängiges SchülerInnen- BaFöG für alle SchülerInnen ab der elften Klasse
  - Abschaffung des Direktorialprinzips
- Wir lehnen jede Art von Autorität, Hierarchie etc. ab und fordern deswegen die Abschaffung des Direktorialprinzips. Wir befürworten stattdessen die Wahl einer kollegialen Schulleitung auf Zeit durch die SchülerInnen und LehrerInnen der Schule mit jeweils gleichem Stimmanteil. Allgemein sollte bei der Besetzung leitender Stellen auf eine stärkere Berücksichtigung von Frauen geachtet werden.

## Mitbestimmung bei der Wahl von Lerninhalt, Unterrichtsform und Lernziel

## Unsere Vorstellung von Schule...

läuft darauf hinaus, daß die SchülerInnen sich frei und selbstbestimmt, entsprechend Neigung und Talent, entwickeln können. Lehrpläne mit detaillierten und verpflichtenden Normvorgaben sind abzuschaffen und durch weiter gefaßte Zielbestimmungen zu ersetzen. Mit der Möglichkeit der Auswahl der Unterrichtsthemen ab der fünften Klasse verschwindet der Zwang, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, die fast niemand interessieren. An die Stelle des Zwangs tritt nun die Freiwilligkeit, die mehr Spaß macht und somit auch lerneffektiver ist.

Weiter soll über die Tätigkeit der KlassensprecherInnen diskutiert werden, ggf. wird diesen ein imperatives Mandat mitgegeben. Hierdurch wird demokratisches Handeln für alle ermöglicht und eingebüßt.

## Abschaffung von Disziplinarmaßnahmen

Wenn die Schule zu einem Ort der Freiheit und der echten menschlichen Entwicklung werden soll, muß von disziplinierenden Maßnahmen, wie etwa Verweisen ect., Abstand genommen werden. Strafen sind autoritär und antiemanzipatorisch. Sie haben hauptsächlich den Zweck, SchülerInnen zur Anpassung oder/ und Leistung zu zwingen.

## Abschaffung der Noten als Versetzungs- und Bewertungskriterium

Noten oder Notendurchschnitte sind der scheinbar "objektive Gradmesser", der wesentliche Vorentscheidungen für die Zukunftschancen der/s SchülerIn trifft. Tatsächlich bleibt bei kritischer Betrachtung nichts als ihre Zufälligkeit übrig. Denn sie sind im wesentlichen von den Vorlieben und Vorurteilen eines Paukers

sowie dessen vorabendlichen Alkoholkonsums etc. etc. abhängig. Noten reduzieren gepauktes Wissen und die Fähigkeit, dieses wiederzugeben, auf eine Zahl. Sie fördern nicht das Verständnis für den Lerngegenstand, sondern das Pauken für das Kuzzeitgedächtnis. Noten sind ein Faktor, mit dem das Leistungsprinzip in der Schule hervorgerufen und Anpassung belohnt wird. Letztlich haben Noten die Funktion, für die Hierarchie der kapitalistischen Leistungsgesellschaft das ihr anvertraute Menschenmaterial entsprechend zu programmieren und vorzusortieren.

### Umwandlung der Schulpflicht in ein Recht auf Schule:

Die Durchsetzung der Schulpflicht mit Polizeigewalt ist eine Verletzung der im Grundgesetz garantierten Menschenrechte. War die Einführung der Schulpflicht im 19. Jahrhundert ein sozialer Fortschritt, so ist sie heute zum Zwang gegen SchülerInnen geworden.

### Keine Diskriminierung durch Lehrmaterial

Fächerübergreifend ist auf die Aspekte der Gleichberechtigung zu achten. Das verwendete Lehrmaterial muß auf Rollenklischees sowie auf die Diskriminierung von Randgruppen überprüft und entsprechend überarbeitet werden.

### Weg mit dem Religionsunterricht

Zur Erziehung zur Toleranz gehört auch die Erziehung zur Religionsfreiheit. Ein demokratischer Staat muß weltanschaulich und religiös neutral sein, denn wenn er sich an eine Religion bindet, hat das die Ausgrenzung Andersdenkender zur Folge. Zur Neutralität gehört auch, daß sich der Staat nicht für eine Religion vereinnahmen läßt, daß heißt zum Beispiel, über die Schulen Propaganda für eine bestimmte Religion zu verbreiten. Deshalb fordern wir statt des Religionsunterrichtes einen Philosophie oder Religions-KUNDEunterricht.

### Frühzeitiger Sexualkundeunterricht

Wir fordern einen ausführlichen, frühzeitigen und emanzipatorischen Sexualkundeunterricht. Besprochen werden müssen frühzeitigst sämtliche Verhütungsmethoden, homo- und heterosexuelle Lebensformen, Orgasmen von Frau und Mann, Masturbationstechniken beider Geschlechter sowie verschiedene Liebesstellungen (auch die homosexuelle Paare). Im Sexualkundeunterricht soll weiterhin ausführlich über Beziehungsprobleme und Konfliktlösung informiert werden. An den Schulen sind kostenlos Kondome zu verteilen.

*(Wir haben auch ein ausführliches schulpolitisches Programm. Du kannst es über uns beziehen.)*

## DISKUSSIONSPAPIER

Horst Eberlein, Werner Schuler

Das von GBJ-JungdemokratInnen beschlossene schulpolitische Programm - "bildungspolitisches Programm" wäre wohl ein etwas übertriebener Begriff hierfür - muß weiter diskutiert und fortentwickelt werden. Zum einen wurde Kritik laut von einigen Mitgliedern des KV-Nürnberg, allerdings ohne diese auch zu formulieren und damit zur Diskussion zu stellen, andererseits sollte für einen politischen Jugendverband gerade dieses Thema nicht nur oberflächlich behandelt, sondern eingehend diskutiert werden.

Im Folgenden einige Bemerkungen zum Kurzprogramm:

1. Wir alle waren in der Schule, in der "Präganstalt" wie diese im Kurzprogramm bezeichnet wird. Die meisten von uns haben sogar das bayerische Abitur in einem Gymnasium absolviert. Wir alle haben also eine Prägung erhalten und die meisten von uns wurden zu

leistungsfähigen und leistungsbereiten FachidiotInnen programmiert. Mal ganz ehrlich: Gegen mehr Leistungsbereitschaft im GBJ hätten wir nichts einzuwenden. "Leistung" ist für uns immer noch eher ein positiv besetzter Begriff. Bei uns liegt wohl ein Programmfehler vor, der uns entweder im genetischen Code oder in der Erziehung eingegeben wurde. Doch ist es nicht viel plausibler, daß Bildung ambivalent ist? Erzeugt der Druck in der Schule nicht auch Gegendruck, eine Abwehr der SchülerInnen, statt nur Anpassung? Sind nicht vielmehr andere Faktoren maßgeblicher beteiligt am Anpassungsprozeß der Jugendlichen? Welche Rolle spielen die Ungewissheiten der Zukunftsperspektiven, des Arbeitsmarktes, der veränderten Lebensbiographien der Menschen in modernen Industriegesellschaften? Unstrittig dürfte sein, daß soziale Mechanismen nicht angeboren, sondern kulturell vermittelt werden. Wir sollten uns aber klar darüber werden, welchen Stellenwert die einzelnen Faktoren bei der Herausbildung von sozialen Handlungsmustern einnehmen.

2. Noten stellen sicherlich keinen objektiven Bewertungsmaßstab dar, sind in einem gewissen Maße willkürlich und berücksichtigen keine subjektiven Einflußfaktoren der Beteiligten. Doch kommen wir ohne jegliche Erfolgs- oder Leistungsbewertung aus? In der neueren Managementschulung werden neue Formen der Erfolgsbewertung propagiert. In einem Bewertungsgespräch sollen die Leute ihre Leistung selbst einschätzen. In der Wirtschaft soll damit die Hierarchie verdeckt werden und Objektivität vermittelt werden. Sind solche Bewertungsverfahren eher in unserem Sinne?

3. "Wir stellen uns eine Schule vor, in der die SchülerInnen wirklich für sich, gemäß dem alten Spruch, für's Leben lernen, und nicht nach dem Maßstab, was die Industrie von morgen für Arbeitskräfte braucht." Aber ist nicht genau dies, worauf die Schule uns offiziell vorbereiten will, das Leben in modernen kapitalistischen Gesellschaften? Spielt nicht eben die Arbeit in den Einzelbiographien eine zentrale Rolle? Besteht nicht eben der Fehler der Schule darin, daß sie was sie vorgibt nicht leisten kann? Die moderne Industriegesellschaft benötigt Menschen, die kreativ, kommunikativ, flexibel, mobil und selbständig sind. Genau dies wird allerdings durch die Lernmethoden und -inhalte in den Schulen nicht vermittelt.

4. Frauenemanzipation sollten wir vielleicht eher weglassen, bevor wir, weil's eben reingehört, Forderungen aufstellen, die genauso in einem CSU Papier stehen könnten. Bei gleicher Qualifikation sind Frauen gegenüber männlichen Bewerbern vorzuziehen, bis eine Quote von mindestens 50% erreicht ist. Diesen Abschnitt finden wir sehr peinlich.

5. Wie halten wir's denn mit dem BAFÖG? Warum sollen erst Leute ab der 11. Jahrgangsstufe in den Genuß des "rückzahlfreien" BAFÖG kommen. "Rückzahlfrei" ist auch ein Begriff, der nicht bekannt ist und besser durch "Zuschuß" ersetzt werden sollte. Wie stellen wir uns eine Unterstützung von Leuten vor, die aufgrund schlechterer familiärer Bildungsbedingungen mit Hilfe von Nachhilfe, etc. ihre soziale Benachteiligung kompensieren müssen? Dies ist häufig bereits in der 5. Jahrgangsstufe der Fall. Gerade hier ist doch eine finanzielle Unterstützung angesagt.

6. Ist denn unser Schulsystem, wie vom Autor des Flugblattes behauptet, ein dreigliedriges oder - was wir vertreten - ein viergliedriges: Grund-/Hauptschule, Realschule, Gymnasium und "Sonder-"schulen? Wir sollten vielleicht nicht einfach der Sprachschatz der Bayerischen Regierung übernehmen, zumal damit unser Blick auch eingeschränkt wird. Wir grenzen damit eine Minderheit aus, die auch von der übrigen Gesellschaft ausgegrenzt und auf's Abstellgleis geschoben wird.

7. Im Gegensatz zum Kurzprogramm vertreten wir die These, daß Bildung und somit auch Schule eher einen emanzipatorischen Charakter hat, da wir davon ausgehen, daß Menschen das Gelernte unterschiedlich anwenden, d.h. auch im nicht beabsichtigten Sinne verwenden können. Wir bestreiten damit nicht, daß die Schule vielmehr leisten kann und sollte in Hinsicht auf eine Entwicklung zur Selbständigkeit und freiem Handeln und Denken.

## USA- Seminar

vom 2.-16. Spetember 1991

### Jungdemokratinnen und Jungdemokraten besuchen die USA - Du kannst dabei sein!

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie jedes Jahr, so bietet der Bundesverband der JungdemokratInnen auch 1991 ein Seminar in den USA an. In Zusammenarbeit mit unserem amerikanischen Partner Youth for Democratic Action (YDA) haben wir wieder ein zweiwöchiges Programm ausgearbeitet. Erstmals geht es in diesem Jahr auch an die Westküste. Das Thema sind Minoritätenkonflikte in den USA. Die Fahrt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauen und Jugend bezuschußt.

Wir werden die erste Woche in New Yottk verbringen. Auf dem Programm stehen Treffen mit verschiedenen alternativen Gruppen, Gespräche mit Jugendlichen, Bürgerrechtsorganisationen etc, aber auch Sight- seeing und Freizeit sind fest mit eingeplant. Die Unterbringung ist in der neuen Jugendherberge in Manhattan geplant.

Nach einer Woche werden wir die Koffer packen und nach Los Angeles fliegen. Die Unterbringung ist in Santa Monica vorgesehen. Neben der Fortsetzung des Programms wart dort auch der Pazifik auf Euch warten. Zunächst werden wir die Gegend erkunden, von Beverly Hills bis Downtown L.A. werden wir uns alles ansehen. Dann wird es wieder eine Reihe von Treffen mit solchen Gruppen geben, die soziale Konflikte austragen bzw. sie ertragen müssen. Doch es wird auch Zeit bleiben, für einen Tag am Strand oder wozu Ihr Lust habt.

Am 15.9. werden wir dann den Rückflug antreten, d.h., wer will, kann auch länger bleiben. Es ist möglich, dne Rückflug ohne Aufpreis zu einem späteren Zeitpunkt zu buchen. Am besten wäre es für uns, wenn Ihr das schon bei der Anmeldung angeben könntet. Ansonsten müßten wir das spätestens zwei Monate vor Abflug wissen. Für Spätentschlossene gibt es danach noch die Möglichkeit, in den USA umzubuchen. Das kostet aber 50 \$.

So, viel mehr können wir leider noch nicht verraten. Wer sich jetzt anmeldet, bekommt aber weitere Information, so schnell es uns möglich ist, zugesandt. Bitte meldet Euch sofort an, denn vermutlich wollen wieder mehr Leute mitfahren, als wir Plätze haben.

Anmeldeschluß ist der 21.5.91

Termin: 02.-16.09.91

Abflug am 2.9. ab Hamburg, Berlin, München oder Frankfurt nach New York  
Seminarleitung Udo Schüklenk

Veranstalter: JungdemokratInnen Bundesverband, Reuterstr. 44, 53 Bonn 1

Anmeldungen und Teilnahmebeiträge siehe Rückseite

## Meinungsartikel

VON FRIMI DIMPEL

### Strukturreform oder Strukurdeform?

Strukturreform- das geistert wie ein Zauberwort durch grüne Reihen. Nach den Wahlniederlagen gleichsam ein Geheimrezept, natürlich waren nicht die Inhalte schuld, sondern die Strukturen, klar, unsere Basisdemokratie Erst, wenn alles straff organisiert sein wird, wird die Presse sich auf uns stürzen und dieses unsere Volk wird "Uns Joschka" oder "Uns Antje" lieben und wählen. Wir brauchen eineN FührerIn!

Es ist vollkommen klar, wenn erst die Vorstände bezahlt sprich professionalisiert und verkleinert sind, wenn erst die FraktionssprecherInnen auch gleichzeitig als VorstandssprecherInnen regieren, t'schuldigung, amtieren, wird alles sich in Wohlgefallen und Personenkult auflösen, Realos und Linke werden sofort aufhören, sich zu fetzen und zum harmonischen Miteinander finden.

Mensch könnte ja in die Satzung aufnehmen "abweichende Meinungen (vom Vorstand) und Flügelstreit sind strengstens untersagt". Da wird die CSU schon das Muffesausen kriegen, wenn sie von unserer Strukturreform hört. Genial, oder? Besonders geschickt hat mensch das Problem in Bayern gelöst: Erst hat mensch kein Geld gehabt, hat's dann den Ökofonds genommen, um den LaVo zu professionalisieren, anstatt ihm einen Aktionshaushalt zu geben. Jetzt hat er zwar kein

Geld, mit dem er Politik machen kann, aber dafür ist er ungeheuer professionell.

Vielleicht könnten wir das alles ja auch ganz anders machen. Wir könnten angesichts der schwindenden JungwählerInnenzahlen mehr auf unsere eigne Jugend setzen, wir könnten mehr phantasievolle Aktionen durchführen und die außerparlamentarische Seite stärker gewichten, wir könnten statt Podiumsdiskussionen eher auf die kulturelle Schiene abfahren und mit Musik, Cabarett etc. einfach ein positives alternatives Lebensgefühl vermitteln, jenseits von der Glotze, Oper oder Geschäftsordnungsdebatten. Und zeigen, daß Politik auch Spaß machen kann...

Aber was soll's? Es wirkt doch alles viel professioneller, wenn wir uns organisatorisch an die Altparteien anpassen, eine Fraktion haben, die ungeheuer fleißig ist, die eine tolle, große Zahl an Anträgen ins Parlament einbringt, und deren SprecherInnen gleichzeitig im Parteivorstand sitzen. Am tollsten wird's aber, wenn wir einen Vorstand haben, der bezahlt wird und jährlich 576 ungeheuer professionalisierte Pressemitteilungen ausschickt, von denen vielleicht mal 8 oder 9 abgedruckt werden.

Es lebe die Strukturreform!

Als Meinungsartikel hier abgedruckte Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar und sind keine repräsentative Aussage des Grünbunten Jugendnetzes/JungdemokratInnen

In den letzten Jahren gewann die elektronische Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend an Bedeutung. Nur wenige wissen allerdings, daß dieses Medium auch ein sehr gutes Hilfsmittel zur Arbeit in Redaktionen oder politischen Organisationen ist. Ein Computer, ein billiges Modem und geeignete Software genügen um die Kommunikation aufzunehmen.

Eine Mailbox ist nichts anderes als ein elektronischer Briefkasten in dem man persönliche Nachrichten empfangen und versenden kann. Dazu kommen die einzelnen "schwarzen" Bretter die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Diese Bretter sind streng nach Themen sortiert und dienen dem Anrufer (USER) unter anderem als Datenbank. Es kann also jederzeit abgefragt werden was bereits zu einem bestimmten Thema veröffentlicht wurde und den Inhalt dieser Nachrichten (MAILS) kann man dann zu sich nach Hause auf den eigenen Rechner holen (DOWNLOAD), um ihn dann dort zu be- und verarbeiten. Natürlich ist es auch möglich eigene Artikel oder kurze Meldungen in einer Mailbox zu veröffentlichen, was dann "Upload" genannt wird. Gerade von den Uploads lebt eine Mailbox.

#### Kontaktaufnahme: Wie und mit wem?

Doch nun erst einmal zu den Voraussetzungen für das Betreiben von DFÜ. Als Hardware wird ein beliebiger Computer, ein Telefonanschluß, ein Akustikkoppler oder ein Modem (Modem ist eine Abkürzung und steht für **MO**dulator/**DE**modulator) benötigt, um die Verbindung zu der Mailbox herzustellen. Eine geeignete Software ermöglicht dann die Kommunikation mit dem anderen Rechner.

Diese Mailboxen sind untereinander wiederum vernetzt und tauschen gegenseitig die Nachrichten aus. Solche Netze sind mittlerweile sehr groß und allein darüber ließe sich schon ein Artikel schreiben.

Hier soll nur die Rede vom Zerberus-Netz und

den CL-Boxen sein, die diesem Netz angeschlossen sind. Das Zerberus-Netz hat seinen Namen von der verwendeten Software, die auf allen Boxen dieses Netzes gefahren wird und somit die Benutzung für einen User deutlich vereinfacht. CL ist die Abkürzung für einen Dachverband Namens ComLink e.V. in dem sich letztes Jahr Umwelt-Mailboxen und die ehemaligen LINKSysteme zusammengeschlossen haben. Kurz danach wurde von CL beschlossen dem internationalen, nichtkommerziellen Mailboxverbund "Association of Progressive Communications" (APC) beizutreten. Die APC-Bretter werden in jedem LINKSystem verbreitet.

Inzwischen gibt es 22 LINKSysteme, davon zwei in Österreich. Hinzu kommt, daß die CL-Bretter auch noch in fast 100 Zerberus-Boxen sowie bei GreenNet in London angeboten werden.

Um in einer CL-Box User zu werden genügt ein Anruf; man kann dann online einen Userantrag stellen und ist nach einigen Tagen eingetragen. Das Procedere kann allerdings von Box zu Box variieren, da dies vom SysOp abhängt. SysOp ist die Abkürzung für System-Operator, d.h. dieser Mensch ist der Betreiber der Mailbox.

Für die technischen Informationen verweise ich auf zwei Artikel von Michael Keukert:

- "Fernweh elektronisch - Streifzug durch die Grundlagen der Datenfernübertragung", c't 11/90 Seite 82ff

- "Schoß- und Höllenhunde - Die schillernde Welt der privaten Netzwerke in Deutschland", c't 3/91

Die LINKSysteme und APC haben durchweg einen politischen Anspruch und stellen somit eine Arbeitserleichterung im politischen Alltag dar. Um einen Einblick in das Angebot zu bekommen, zähle ich hier einige wenige Bretter auf:

/APC/EN/POLLUTION  
/APC/MIDEAST/GULF  
/APC/GN/NUCLEAR  
/APC/RAINFOREST/WORLDBANK  
/CI/AKTUELLES  
/CL/ANTIFASCHISMUS  
/CL/FRAUEN/DISKUSSION  
/CL/INTERNATIONALES/NAHOST  
/CL/MEDIEN/JUGENDPRESSE  
/CL/OSTEN/UDSSR  
/CL/UMWELT/MÜLL  
/CL/WIRTSCHAT/POLITIK

Wenn nun ein Flugblatt oder eine Zeitung gemacht werden soll, so ruft man bei seiner Mailbox an, sucht sich das entsprechende Brett heraus um dann die benötigten Informationen 'downzuloaden' und bei sich zu Hause weiterzuverarbeiten. Wenn eine Veröffentlichung gemacht wird ist es natürlich erwünscht, daß dem Netz dann auch wieder Informationen zufließen.

#### Die redaktionelle und politische Arbeit

Erstens dient das der größeren Verbreitung der eigenen Publikation und zweitens können andere Gruppen wieder von den neuen Informationen profitieren.

Der Einsatz des Netzes ist aber deutlich vielfältiger. Außer als Datenbank, hat man hier ein Medium das mit einer Tageszeitung vergleichbar ist in der auch Nachrichten erscheinen, die sonst nicht überall zu lesen sind. Viele User benutzen ihre Mailbox auch nur als Informationsquelle und um mit anderen zu diskutieren.

Hinzu kommt, daß man an jeden einzelnen User einer Mailbox - egal wo - persönliche

Nachrichten schicken kann, sofern man nur dessen Netzadresse hat.

Eine weiterer, sehr interessanter Aspekt für Verbände, Parteien, Vereine oder Gruppen ist die Einrichtung geschlossener Benutzergruppen. Diese können sich Bretter einrichten, die nur für bestimmte User (z.B. die Mitglieder eines Vereins) zugänglich sind. Auf diesem Weg können interne Mitteilungen verschickt werden ohne daß die Außenwelt etwas mitbekommt. Um die Bedenken der Datensicherheit zu zerstreuen: Solche Interna können natürlich auch noch verschlüsselt übermittelt werden.

Es kann auch ein öffentliches Brett mit dem eigenen Gruppennamen im Netz eingerichtet werden, so daß Veröffentlichungen auch einer Gruppe zugeordnet werden können. Hiervon machen schon seit einiger Zeit z.B. Greenpeace, Die Grünen, die SPD u.v.a. Gebrauch. Ein nicht zu verachtender Vorteil ist, daß Mailboxen 24 h am Tag erreichbar sind und bei einem Verband dann auch ein erheblicher Teil an Papier- und Portokosten gespart werden kann. Außerdem kommen Briefe per DFÜ in der Regel eher an, als wenn sie mit der Sackpost verschickt werden.

Die Nürnberger Jungdemokraten haben seit kurzem eine eigene Mailbox - die LINK-NJD - aufgemacht, die den kompletten CL- Datenbestand sowie Bretter aus den unterschiedlichsten Netzen anbietet.

User mit einer politischen Mailbox in der Nähe haben also ziemlich gute Möglichkeiten zum Ortstarif an wichtige Informationen zu gelangen. Damit ist dann auch der heikelste Punkt angesprochen.

Die SysOps arbeiten ehrenamtlich. Doch für den Betrieb einer Mailbox sind ganz andere Ausgaben zu tätigen als für einen User.

Die Hardware muß dem großen Datenaufkommen angepasst sein, um die Voraussetzungen für vernünftiges Arbeiten mit einer Mailbox zu schaffen. Hinzu kommt die monatliche Telefonrechnung für den Datenaustausch mit anderen Mailboxen, der zweimal am Tag

durchgeführt wird. Deshalb sind es auch nicht wenige Mailboxen die von den o.g. Organisationen getragen werden, um ersten ein gut funktionierendes Kommunikationsmittel und zweitens eine schier unerschöpfliche Informationsquelle zu haben. Dies dürfte sicher auch für den gesamten Landesverband JungdemokratInnen/GBJ ein interessantes Medium sein.

### Mailboxen in Bayern

Zum reinschnuppern folgen jetzt einmal ein paar Telefonnummern von LINKSystemen in Bayern:

LINK-NJD in Nürnberg : 0911/80 55 77  
LINK-N in Nürnberg : 0911/45 27 77  
LINK-M in München : 089/43 09 85 9  
LINK-R in Regensburg : 0941792853  
LINK-WEN in Weiden : 096137985

Andere Z-Netz- oder CL- Boxen sind unter obigen Telefonnummern erhältlich. Hier kann man natürlich nur mit einem Modem anrufen. Für mündliche Informationen wedet man sich an den Betreuer der Jungdemokraten in der

LINK-NJD:

Stefan Pompl  
Habsburgerstr 15  
8500 Nürnberg 50  
Tel.: 0911/83 75 97  
(Normaler Telefonanschluß)  
Oder über das Z-Netz:  
S.POMPL@LINK-NJD.ZER

Zum Schluß möchte ich noch auf ein Buch von Martin Goldmann und Gabriele Hooffacker hinweisen in dem ausführlich die Mindestanforderungen an Hard- und Software beschrieben werden und wie man Telekommunikation, Datenbanken und Mailboxen nutzt und die Verwaltung und Buchführung vereinfacht. Des weiteren gibt es dort Tips und Thesen zum politischen Umgang mit den neuen Medien.

Es heißt "Politisch Arbeiten mit dem Computer, schreiben und drucken, organisieren, informieren und kommunizieren" und ist im Rowohlt-Verlag erschienen.

Allen, die ab jetzt zum Modem greifen wünsche ich viel Spaß in der Matrix.

(ALADIN)

## Modell Bayern - Wegweiser für den Bundesverband

### GBJ-JungdemokratInnen Bayern setzen sich auf Bundesebene für Verbindung von Jugendkoordination und Jungdemokraten ein

Nach Meinung des LandessprecherInnenrates sollte der Weg den die beiden Strukturen - das Grün-Bunte Jugendnetz und JungdemokratInnen Bayern - gewählt haben, Modellcharakter für die Strukturen auf Bundesebene entwickeln. Hier konkurrieren seit ca. 2 Jahren die Jugendkoordination der Grünen, ein Zusammenschluß grüner Jugendlicher, mit dem Bundesverband der Jungdemokraten und behindern sich gegenseitig.

Die Fusion vom Grün-Bunten Jugendnetz mit den JungdemokratInnen Bayern hat Anfang 1991 einen Streit innerhalb grüner und alternativer Jugendzusammenhänge beendet, der die Politikfähigkeit grüner Jugendlicher erheblich lähmte. Mit ihrem Beschluß sowohl Landesverband der Jungdemokraten als auch Mitglied in der Jugendkoordination auf Bundesebene zu sein, haben GBJ-JungdemokratInnen ein Zeichen gesetzt, daß es in diesem Lande gerade auf die Entwicklung und Verbreitung fortschrittlicher Inhalte ankommt und innerstrukturelle Querelen zurückstehen müssen. Die Streitkultur grüner und alternativer Jugend sollte sich auf inhaltlichen Debatten und Hervorbringen gemeinsamer Positionen beschränken. Der Landesverband begrüßt daher das Gesprächsangebot der Vorbereitungsgruppe der Jugendkoordination an die Adresse des Bundesvorstandes der Jungdemokraten. Der jetzige Bundesschatzmeister der Jungdemokraten, Stefan Pompl, ehemaliger Landesschatzmeister der JungdemokratInnen Bayern und Mitbegründer des Grün-Bunten Jugendnetzes, hat dem LandessprecherInnenrat gegenüber versichert, daß er sich mit aller Kraft dafür einsetzt, daß ernsthafte Gespräche zwischen beiden Gremien geführt werden. Kamran Salimi, Mitglied des LandessprecherInnenrates und der Vorbereitungsgruppe der Jugendkoordination, bietet Gewähr dafür, daß auch von deren Seite eine konstruktive Position eingenommen wird. Nur in einer Vereinigung von Jungdemokraten und anderen grünnahen Jugendstrukturen kann die alternative Jugendkultur Schlagkraft gewinnen.



Grün- Bunttes Jugendnetz/  
JungdemokratInnen  
Landesverband Bayern



# Pressemitteilung

gbj pm 0191

Zur Golfkrise erklären die KA- Mitglieder des GBJ, Anne Schacht, Katja Schütze, Horst Eberlein und Frimi Dimpel:

## Bundesregierung hält Kurs auf einen Krieg im Golf

Die USA ließen Genfer Gespräche absichtlich scheitern

Das GRÜN- BUNTE- JUGENDNETZ Bayern GBJ verurteilt das Politik der Bundesregierung, die eine kriegerische Auseinandersetzung im Golfkonflikt provoziert. Mit der Verlegung von 42 Kampfbombern in die Türkei will sie einen scheinbaren "Bündnisfall" konstruieren, um den Verfassungstext, der den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO- Gebietes verbietet, zu beugen. Das GRÜN- BUNTE JUGENDNETZ Bayern GBJ bekräftigt seine Forderung: Es darf kein Blut fürs Öl fließen. Auch kein deutsches.

Dem amerikanischen Außenminister Baker mußte vor seinem Treffen mit seinem irakischen Kollegen klar sein, daß die Genfer Gespräche auf dieser Ebene erfolglos bleiben müssen. Denn es ist dem Irak und vor allem Saddam Hussein nicht möglich, Kuwait ohne Gesichtsverlust zu verlassen, solange auch die Palästinenserfrage ungelöst bleibt. Die USA haben bewußt inkauf genommen, daß die Gespräche scheitern. Wenn es zum Krieg kommt, tragen neben dem Irak alle, die die amerikanische Politik unterstützt haben, mit die Schuld an unabsehbaren Morden und ökologischen Katastrophen.

Das GRÜN- BUNTE- JUGENDNETZ Bayern GBJ stellt fest, daß der militärische Aufmarsch der USA, Frankreichs, Großbritanniens sowie neuerdings der BRD nicht den Zweck haben, ein okkupiertes Land zu befreien. Die westlichen Militärmächte, zu denen sich nun also auch die BRD zählen will, sind einzig und allein an ihrer Versorgung mit Erdöl interessiert und dafür bereit, notfalls über einige Millionen Leichen zu gehen.

Das GRÜN- BUNTE- JUGENDNETZ Bayern GBJ lehnt jede Art von kriegerischer Auseinandersetzung ab. In einem Zeitalter, in dem es zwischen West und Ost Konsens ist, daß Krieg kein Mittel politischer Konfliktlösung mehr sein kann, ist es geradezu antiquiert und unmenschlich, wenn sich der Westen einbildet, Öl, das ihm nicht gehört, mit Waffengewalt verteidigen zu müssen.

Doch die Rüstung hat auf beiden Seiten einen Stand erreicht, der einen Krieg im Golf nicht nur für die dort Beteiligten unmenschlich macht: Die ökologischen Folgen sind nicht auch nur annähernd abschätzbar. Wenn von irakischer Seite Giftgas eingesetzt wird, Ölfelder bombardiert werden, was Ölkatastrophen zur Folge hat, Amerikaner, Briten und Franzosen A, B und C Waffen einsetzen, erreicht das zusammen mit der gewaltigen Menge an Kohlendioxid, das durch konventionelle Waffen freigesetzt wird, ein Potential an Umweltzerstörung, das uns auch hier betreffen wird: Ein Krieg im Golf bringt uns dem ökologischen Holocaust ein gutes Stück näher.

Das GRÜN- BUNTE JUGENDNETZ Bayern fordert die Bundesregierung auf, alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Situation im Golf zuzuspitzen. Insbesondere ist die Bundesregierung gefordert, sämtliche Bundeswehreinheiten aus der Türkei abzuziehen und der USA ihre Solidarität im Kriegsfall zu verweigern. Das GRÜN- BUNTE JUGENDNETZ Bayern GBJ fordert alle Soldaten und Rekruten auf, den Kriegsdienst zu verweigern.

## Stellungnahme zur Diskussion um den Volksentscheid über das "bessere Müllkonzept"

Nürnberg - Das Grün-Bunte Jugendnetz/ JungdemokratInnen GBJ tritt weiterhin vehement für das "Bessere Müllkonzept" ein und verurteilt die Verbreitung von Halbwahrheiten und Unwahrheiten durch CSU und den bayrischen Gemeindegtag. Scharf kritisierte der LandessprecherInnenrat auf seinem letzten Treffen in Nürnberg vor allem die Behauptung, das "Bessere Müllkonzept" mache es nötig, in jeder Gemeinde eine Deponie zu errichten. Katja Schütze, Landessprecherin: "Dieser Vorwurf ist schlichtweg falsch, CSU und Gemeindegtag wollen damit offensichtlich die Bevölkerung irreführen und für dumm verkaufen."

Nach dem "Besseren Müllkonzept" wären für die Entsorgung des Restmülls weiterhin die Landkreise zuständig. Lediglich das Einsammeln des Hausmülls sowie eine eventuelle Zwischenlagerung der wiederverwertbaren Abfallbestandteile wären Aufgabe der Gemeinden. Das Einsammeln des Mülls durch die Gemeinden hat den Vorteil, daß die Erfassung durch Kombination unterschiedlicher-Tonnen und Containersysteme vor Ort angepaßt und somit bürgerfreundlicher gestaltet werden kann, als es möglich wäre, wenn die Landkreise dafür zentral zuständig wären.

Die eventuelle Zwischenlagerung, aus der Gegner des "Besseren Müllkonzeptes" so gern konstruieren, jede Gemeinde brauche eine eigene Deponie, ist für die Gemeinden in der Praxis jedoch kein Problem. Denn in der Regel werden die erfassten wiederverwertbaren Abfallfraktionen wohl sofort von der beauftragten Firma zum jeweiligen Recyclingwerk weitertransportiert. Falls es in Einzelfällen notwendig würde, Wertstoffe kurzfristig zwischenzulagern, könnten die Gemeinden auf Formen der kommunalen Zusammenarbeit zurückgreifen, die im "Besseren Müllkonzept" ausdrücklich vorgesehen sind und z.B. die Wertstoffe auf einem kreiseigenen Wertstoffhof zwischenlagern.

Der Landessprecher Kamran Salimi kritisierte, daß ausgerechnet die Politiker, deren Müllpolitik in das derzeitige reale Müllchaos geführt hat, jetzt dem "Besseren Müllkonzept" den Vorwurf machen, es sei nicht realisierbar. Vielmehr sei der gegenwärtige Entsorgungsnotstand, der durch die Müllpolitik der CSU sowie vieler Städte und Gemeinden herbeigeführt wurde, praxistern, chaotisch und unrealistisch. Denn es sei unmöglich, auf ewige Zeiten alles zu deponieren und mit Müllverbrennung die Umwelt zu vergiften.

Frimi Dimpel, Landessprecher, erläuterte, daß sich, sollte der CSU- Entwurf Gesetz werden, an der bisherigen Müllpolitik, die auf Verbrennung statt auf Vermeidung, Wiederverwendung und Verwertung gesetzt habe, nichts ändern müsse: "Der CSU- Entwurf fordert lediglich, daß Papier, Metall und Glas getrennt erfaßt werden müssen. Die Landkreise würden ihre Pflicht bereits dann erfüllen, wenn in jedem Landkreis je ein Papier-, Metall-, und Glascontainer steht. Das "Bessere Müllkonzept" fordert hingegen die Wiederverwertung von neun Abfallfraktionen, die Erfassung hat möglichst beim Bürger stattzufinden." Weiter fordert das "Bessere Müllkonzept" eine Demokratisierung der Abfallwirtschaft: nur wenn die Bürger mitreden können und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, wird eine sinnvolle und ökologische Abfallwirtschaft auch von der Bevölkerung mitgetragen werden.

Der bayrische Gemeindegtag verbreitet, daß die Müllentsorgung nach dem "Besseren Müllkonzept" 800-1200 DM pro Haushalt und Jahr kosten solle. Er versucht damit, die Bevölkerung durch Zahlen, die wohl auf falschen Berechnungen basieren, zu schocken. Der bayrische Gemeindegtag und die CSU unterstellen bei ihren Berechnungen, jede Gemeinde müßte sich eigene Deponien, Wertstoffhöfe und Recyclingwerke beschaffen. Dies ist jedoch nach dem "Besseren Müllkonzept" faktisch nicht notwendig und stellt nach Ansicht des Grün-Bunten Jugendnetzes/ JungdemokratInnen eine Fehlinformation der Bürger dar, die Zahlen scheinen völlig aus der Luft gegriffen zu sein.